

## Antrag

der SPD-Fraktion  
der Fraktion DIE LINKE

### **Privatisierung von Brandenburger Seen stoppen und öffentliche Zugänglichkeit sichern**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag fordert vom Bund und seiner Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ein Ende der bisherigen Praxis der Seenprivatisierung und die Schaffung genereller Voraussetzungen für eine kostenlose Übertragung von Gewässern an die ostdeutschen Bundesländer und Kommunen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Moratorium zur Aussetzung der weiteren Privatisierung von BVVG-Wasserflächen in Brandenburg über den 31.12.2009 hinaus verlängert wird.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, der Allgemeinheit die dauerhafte öffentliche Zugänglichkeit zu Brandenburger Gewässern verbindlich zu sichern.

#### Begründung:

Gewässer sind Allgemeingut. Sie dienen den Menschen zur Erholung und Entspannung und sind in dieser Form weiterhin der Allgemeinheit zugänglich zu erhalten. Die Privatisierung von Seen kann diese Entwicklung gefährden. Beredtes Beispiel für die Auswirkungen der Privatisierung von Seen ist der Wandlitzsee im Landkreis Barnim, wo die Kommune für das öffentliche Freibad jetzt Nutzungsentgelte an den Eigentümer abführen muss. Insbesondere für Brandenburg als seenreichstes Bundesland mit mehr als 3.000 Seen haben die Gewässerflächen aufgrund der hohen touristischen Nutzung eine große Bedeutung.

Im Jahr 2002 hat die BVVG die bisher einzige Bilanz zu veräußerten Gewässern im Osten Deutschlands vorgelegt. Zu dieser Zeit waren etwa 10.000 ha Seen, Teiche, Flüsse und Bäche in privaten Besitz übergegangen. Mit diesen Verkäufen nahm die BVVG ca. 15 Mio. Euro ein. Die BVVG plant in den kommenden Jahren den Verkauf von weiteren 300 Seen mit ca. 15.000 ha Gewässerfläche.

Dr. Dietmar Woidke  
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser  
für die Fraktion Die Linke

Datum des Eingangs: 08.12.2009 / Ausgegeben: 08.12.2009